

31 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Nachdruck vom 20. 12. 1994

Regierungsvorlage

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen

Die Republik Österreich und die Republik Armenien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind

- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
- im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
- in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
- ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
- im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Republik Österreich und die Republik Armenien gewähren einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstigen Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 2

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten fördern.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß insbesondere in folgenden Bereichen Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:

- Land- und Forstwirtschaft; Agrar- und Forsttechnik,
- Lebensmittelindustrie; Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung, Verpackung und Transport landwirtschaftlicher Produkte,

- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau und Automation bestehender Anlagen; Rüstungskonversion,
- Leichtindustrie, einschließlich Produktion qualitativ hochwertiger und konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederwaren,
- Metallurgie, einschließlich Buntmetallurgie und metallverarbeitende Industrie,
- Großindustrieanlagen,
- chemische und petrochemische Industrie,
- Gesundheitswesen, Medizintechnik, medizinische und pharmazeutische Industrie,
- Bauwesen; Herstellung von Baumaterialien und diesbezüglicher Ausrüstungen; Bautechnik,
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz, einschließlich Produktion und Anwendung biologischer Pflanzenschutzmittel,
- Aufsuchung, Gewinnung, Aufbereitung, Veredlung und Weiterverarbeitung sowie Vermarktung von Bodenschätzen und Bergbauprodukten,
- Heil- und Mineralwässer,
- Ausbau und Revitalisierung der Kraftwerke, insbesondere im Bereich Hydroenergetik, sowie des Hochspannungsleitungsnetzes und der Leitungsnetze für Erdgas und Erdöl,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik,
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- holzverarbeitende, Papier- und Zellstoffindustrie,
- Aus- und Weiterbildung in den Bereichen Management, Außenhandel, Wirtschaftsverwaltung, Tourismus, gewerblicher Rechtsschutz, Bank-, Finanz- und Versicherungswesen.

Diese Zusammenarbeit könnte in folgenden Formen verwirklicht werden:

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Investitionen in allen Wirtschaftsbereichen,
- Errichtung von Firmenvertretungen und Niederlassungen,
- Technologie- und Know-how-Transfer; angewandte Forschung,
- Austausch von Patenten und Lizenzen sowie sonstigen gewerblichen Schutzrechten,
- Harmonisierung von Normen und technischen Vorschriften,
- Zertifizierungs- und Prüfungswesen,
- finanzielle, Bank- und Versicherungsdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen,
- Erstellung von Feasibilitystudien,
- Organisation und Durchführung von gemeinsamen Seminaren, Symposien und Konferenzen; Veranstaltung von Ausstellungen und Messen; Austausch von Delegationen und Experten im Wirtschaftsbereich,
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Dokumentationen, Informationen und Publikationen.

(3) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Energie; Hydroenergetik,
- Eisenbahnnetze,
- Luftfahrt,
- Straßennetze,
- Telekommunikation,
- Transportwesen,
- Recycling und Abfallwirtschaft,
- Bodenverbesserung und Wasserwirtschaft.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristencode“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

31 der Beilagen

3

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus bedacht sein.

Artikel 6

Die Vertragsparteien werden den Schutz des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und insbesondere auf Grundlage der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums fördern sowie Maßnahmen zur Entwicklung und zum Ausbau der Zusammenarbeit vereinbaren.

Artikel 7

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien erfolgt in Übereinstimmung mit den im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 8

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Handelsvolumens und zur Erweiterung der Warenvielfalt Handel in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen, darunter auch in Form von Counter- und Bartertrading treiben.

(3) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder zu solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

In diesem Fall stellt jene Vertragspartei, die die Konsultationen beantragt hat, der anderen Vertragspartei im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften alle für die Prüfung des Sachverhalts erforderlichen Informationen zur Verfügung.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung des Schadens erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen besonderer Dringlichkeit, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 10

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 11

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften empfehlen die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichtes eines Unterzeichnerstaates des am 10. Juni 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 12

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 13

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder Armenien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieses Gemischten Ausschusses gehören insbesondere:

- a) Erörterung des Standes und der Entwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen,
- b) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung und Intensivierung des Warenaustausches und der wirtschaftlichen, industriellen, technischen, technisch-wissenschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit,
- c) Unterbreitung von Empfehlungen zur Verwirklichung der Ziele dieses Abkommens.

Artikel 14

Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen des im Art. 13 genannten Gemischten Ausschusses beigelegt werden.

Artikel 15

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats, der dem Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden, in Kraft.

Geschehen zu Wien, am 26. April 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und armenischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Wolfgang Schüssel

Für die Republik Armenien:

Armen Jeghazarian

ՀԱՄԱԶԱՅՆԱԳԻՐ

ԱՎՍՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ԵՎ ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ ՄԻՋԵՎ ԵՐԿԿՈՂՄԱՆԻ ԱՐՏԱՔԻՆ ՏՆՏԵՍԱԿԱՆ ԿԱՊԵՐԻ ՄԱՍԻՆ

Ավստրիայի Հանրապետությունը եւ Հայաստանի Հանրապետությունը, որոնք հետագայում անվանվում են "Պայմանավորվող կողմեր",

- ղեկավարվելով երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերը ամրապնդելու ցանկությամբ,
 - ձգտելով նպաստել հավասարության եւ փոխադարձ շահավետության հիման վրա, ապրանքաշրջանառության զարգացմանը եւ տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցությանը,
 - համոզված լինելով, որ սույն Համաձայնագիրը կստեղծի բարենպաստ մախադրյալներ եւ ամուր հիմք երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի հետագա զարգացման համար,
 - ելնելով շուկայական էկոնոմիկայի սկզբունքներից,
- երկու պետություններում գործող օրենսդրության շրջանակներում պայմանավորվեցին ներֆոհիշյալի վերաբերյալ:

Հոդված 1

1. Ավստրիայի Հանրապետությունը եւ Հայաստանի Հանրապետությունը միմյանց կտրամադրեն առավել բարենպաստության ռեժիմ մաֆսային եւ այլ տուրքերի, ինչպես նաեւ ապրանքների արտահանման եւ ներմուծման դեպքում այդպիսի մաֆսային եւ այլ տուրքերի գանձման մեթոդների վերաբերյալ:

2. Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվեցին, որ առավել բարենպաստության ռեժիմը չի տարածվի մասնավորապես այն արտոնությունների եւ առավելությունների վրա, որոնք Պայմանավորվող կողմերից մեկը տրամադրում է կամ հետագայում կտրամադրի:

- ա) հարեւան պետություններին՝ սահմանամերձ առեւտուրը հեշտացնելու նըպատակով,
- բ) պետություններին, որոնք իր հետ միասին մտնում են մաֆսային միության, ազատ կամ արտոնյալ առեւտրի գոտու մեջ, որն արդեն գոյություն ունի կամ կստեղծվի հետագայում,

- գ) երրորդ երկրներին բազմակողմ պայմանավորվածությունների շրջանակներում, որոնց չի մասնակցում մյուս Պայմանավորվող կողմը:

Հոդված 2

Պայմանավորվող կողմերը երկու պետություններում գործող օրենսդրության շրջանակներում կնպաստեն երկու երկրների ձեռնարկությունների, կազմակերպությունների, ընկերությունների եւ հիմնարկությունների միջեւ, որոնք հետագայում կանվանվեն "Ձեռնարկություններ", երկկողմանի արտաֆին տնտեսական կապերի զարգացմանը:

Հոդված 3

1. Պայմանավորվող կողմերը, ելնելով իրենց հնարավորություններից, եւ յուրաքանչյուր պետությունում գործող օրենսդրությանը համապատասխան, կնպաստեն տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցությանը:
2. Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվում են, որ կան համագործակցության հնարավորություններ մասնավորապես հետեւյալ բնագավառներում՝
 - գյուղական եւ անտառային տնտեսություն, գյուղատնտեսական եւ անտառային տեխնիկա,
 - սննդի արդյունաբերություն, գյուղատնտեսական արտադրանքների վերամշակման, պահպանման, փաթեթավորման եւ տեղափոխման բարելավում,
 - գոյություն ունեցող սարքավորումների վերակառուցում, մոդեռնացում, ընդարձակում եւ ավտոմատացում, պաշտպանական արդյունաբերության ձեռնարկությունների ապառազմականացում,
 - թեթեւ արդյունաբերություն, ներառյալ բարձրորակ եւ մրցունակ տեքստիլ, կարի, կոշիկի եւ կաշվե ապրանքների արտադրությունը,
 - մետալուրգիա, ներառյալ գունավոր մետալուրգիան, եւ մետաղամշակման արդյունաբերությունը,
 - համալիր արդյունաբերական արտադրությունների եւ սարքավորումների ստեղծում,
 - բիմիական եւ նավթաֆիմիական արդյունաբերություն,
 - առողջապահություն, բժշկական տեխնիկա եւ բժշկական ու դեղագործական արդյունաբերություն,
 - շինարարություն, շինարարական նյութերի եւ սարքավորումների արտադրություն, շինարարական տեխնիկա,

- իրավաբանական, տնտեսական, վիճակագրական, տեխնիկական փաստաթղթերի, տեղեկատվությունների եւ հրապարակումների փոխանակում:

3. Համագործակցության բոլոր բնագավառներում նախագծերն իրականացվում են համաձայն բնապահպանական ամենաբարձր ստանդարտներին բավարարող առավել առաջավոր տեխնոլոգիաների:

Հոդված 4

Ելնելով ենթակառուցվածքի տնտեսապես շահավետ եւ բնապահպանման առումով անվտանգ համակարգեր ստեղծելու անհրաժեշտությունից, Պայմանավորվող կողմերը համաձայնվեցին հատուկ ուշադրություն դարձնել համագործակցությանը հետեւյալ բնագավառներում՝

- էներգետիկա, հիդրոէներգետիկա,
- երկաթուղային ցանցեր,
- օդային հաղորդակցություն,
- ճանապարհային ցանցեր,
- հեռուստահաղորդակցություն,
- տրանսպորտային գործ,
- թափոնների վերամշակման արդյունաբերություն եւ երկրորդական օգտագործում,
- հողի բարելավում եւ ջրային տնտեսություն:

Հոդված 5

Պայմանավորվող կողմերը համաձայն են առ այն, որ զբոսաշրջիկությունը կարող է Հսկան ավանդ ունենալ երկկողմանի արտափին տնտեսական կապերի խորացման գործում:

1. Պայմանավորվող կողմերը գործող օրենսդրության շրջանակներում կնպաստեն զբոսաշրջիկության զարգացմանը՝ Միավորված Ազգերի Կազմակերպության Միջազգային զբոսաշրջիկության եւ ճանապարհորդությունների գծով կոնֆերանսի (Հոտ, 1963 թ.), ինչպես նաեւ "Զբոսաշրջիկության խարտիայի եւ զբոսաշրջիկի օրենսգրքի" (Սոֆիա, 1985 թ.) հանձնարարականների հիման վրա:

2. Տնտեսական, տեխնիկական եւ մասնագիտական համագործակցությունը զբոսաշրջիկության բնագավառում նախագծերի իրականացման, ինչպես նաեւ համապատասխան ենթակառուցվածքի զարգացման մեջ իրականացվում է, շրջամիջավայրի պահպանության սկզբունքների հիման վրա, հաշվի առնելով զբոսաշրջիկության ոլորտի որակը:

Հոդված 6

Պայմանավորվող կողմերը կաջակցեն արդյունաբերական սեփականության պահպանությանը եւ կապահովեն այն՝ իրենց հնարավորությունների եւ յուրաքանչյուր պետությունում գործող օրենսդրության եւ, մասնավորապես, արդյունաբերական սեփականության պահպանության գծով Փարիզյան կոնվենցիայի շրջանակներում, ինչպես նաեւ կհամաձայնեցնեն այս ոլորտում համագործակցության եւ ընդլայնման ուղղությամբ գործողությունները:

Հոդված 7

Վնարումները Ավստրիայի Հանրապետության եւ Հայաստանի Հանրապետության միջեւ կիրագործվեն պետություններից յուրաքանչյուրում գործող օրենսդրության համապատասխան՝ ազատ փոխարկելի տարադրամով:

Հոդված 8

1. Ապրանքափոխանակումը, ինչպես նաեւ տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցությունը սույն Համաձայնագրի շրջանակներում իրականացվում է կոմերցիոն հիմունքներով:

2. Յուրաքանչյուր երկրում գործող օրենսդրության շրջանակներում, Պայմանավորվող կողմերի Ձեռնարկությունները առեստրի ծավալների մեծացման եւ փոխադարձաբար մատակարարվող ապրանքների անվանացանկի ընդլայնման նպատակով կարող են իրականացնել առեստրի համաշխարհային պրակտիկայում ընդունված ձևով, այդ թվում բարտերային եւ հանդիպակաց գործարքների ձևով:

3. Երկու պետությունների Ձեռնարկությունների միջեւ առեստրը կկատարվի ընթացիկ շուկայական գներով:

Հոդված 9

1. Պայմանավորվող կողմերը կանցկացնեն խորհրդատվություններ, երբ փոխադարձ առեստրում նկատվի որեւէ ապրանքի ներմուծում այնպիսի քանակությամբ, կամ այնպիսի գներով ու պայմաններով, որոնք կհասցնեն կամ կսպառնան հասցնել զգալի վնաս՝ նման կամ անմիջապես մրցակցող ապրանքների հայրենական արտադրողներին:

Այդ դեպքում Պայմանավորվող կողմը, որը դիմել է խորհրդատվություն իրականացնելու խնդրանքով, գործող օրենսդրության շրջանակներում պետք է մյուս Պայմանավորվող կողմին տրամադրի ստեղծված իրադրության մանրամասն ուսումնասիրման համար անհրաժեշտ ամբողջ տեղեկատվությունը:

2. Եթե խորհրդատվությունների ժամանակ Պայմանավորվող կողմերը փոխհամաձայնեցված կարգով հիմնավորեն, որ առաջին կետում նշված իրա-

- շրջակա միջավայրի, բնության, լանդշաֆտի եւ հողի պահպանություն, ներառյալ բույսերի պահպանության կենսաբանական միջոցների արտադրությունը եւ կիրառումը,
 - բնական ռեսուրսների եւ լեռնարդյունաբերական արտադրանքի հետախուզում, որակի բարելավում եւ հետագա վերամշակում, ինչպես նաեւ մարֆետինգ,
 - բուժիչ եւ հանգստյին ջրեր,
 - էլեկտրականության, մասնավորապես հիդրոէներգետիկայի բնագավառում, ինչպես նաեւ էլեկտրահաղորդման բարձր լարման գծերի ցանցի եւ բնական գազի ու նավթի տեղափոխման համար խողովակաշարերի ցանցերի ընդլայնում,
 - էլեկտրասարքեր եւ կենցաղային տեխնիկա,
 - էլեկտրոնային եւ էլեկտրատեխնիկական արդյունաբերություն,
 - փայտամշակման, թղթի եւ ցելյուլոզի արդյունաբերություն,
 - մեմբրանների վերապատրաստում եւ ուսուցում՝ արտաքին առեւտրի, տրնտեսության կառավարման, գրոսաշրջիկության, արդյունաբերական սեփականության, բանկային, ֆինանսական եւ ապահովագրության բնագավառներում:
- Նման համագործակցությունը կարող է իրականացվել հետեւյալ ձեւերով՝
- համատեղ ձեռնարկությունների ստեղծում եւ ուղղակի մերդրումներ տրնտեսության բոլոր ոլորտներում,
 - ներկայացուցչությունների եւ ֆիրմաների մասնաճյուղերի ստեղծում,
 - տեխնոլոգիաների, "նոու-հաու"-ների, ներառյալ կիրառական հետազոտությունները, փոխանակում,
 - պատեմտների եւ լիցենզիաների, ինչպես նաեւ արդյունաբերական սեփականության համար տրվող այլ իրավունքների փոխանակում,
 - նորմանների եւ ստանդարտների ներդաշնակեցում,
 - սերտիֆիկացում,
 - ֆինանսական, բանկային եւ ապահովագրական ծառայությունների, մարֆետինգի եւ այլ ծառայությունների տրամադրում,
 - տեխնիկատնտեսական հիմնավորումների մշակում,
 - համատեղ սեմինարների, սիմպոզիումների եւ կոնֆերանսների կազմակերպում եւ անցկացում, տնտեսական հարցերով պատվիրակությունների եւ փորձագետների փոխանակում, տոնավաճառների եւ ցուցահանդեսների կազմակերպում,

վիճակն առկա է, ապա կսահմանափակվի արտահանումը, կամ կձեռնարկվեն այլ միջոցառումներ՝ վնասը կանխելու կամ վերացնելու նպատակով:

3. Եթե Պայմանավորվող կողմերը համաձայնության չեն գա, ապա խորհրդատվությունների անցկացման մասին դիմող Պայմանավորվող կողմը իրավունք կունենա սահմանափակել համապատասխան ապրանքների ներմուծումը այն չափով եւ այն ժամկետով, որն անհրաժեշտ է վնասը կանխելու կամ վերացնելու համար:

Մյուս Պայմանավորվող կողմը այդ դեպքում իրավունք կունենա հրաժարվել առաջին Պայմանավորվող կողմի նկատմամբ իր ստանձնած պարտավորություններից՝ առեւտրի մոտավորապես համարժեք ծավալի չափով:

4. Ճգնաժամային դեպքերում, երբ հետաձգումը կարող է զգալի վնաս հասցնել, ժամանակավոր միջոցները կձեռնարկվեն առանց նախնական խորհրդատվությունների:

Այս դեպքում տվյալ միջոցներ կիրառող Պայմանավորվող կողմն անմիջապես եւ զրավոր ձեւով կտեղեկացնի մյուս Պայմանավորվող կողմին, որից հետո անհապաղ պետք է սկսվեն խորհրդատվությունները :

5. Պայմանավորվող կողմերը սույն հոդվածին համապատասխան միջոցներ ընտրելիս պետք է նախապատվություն տան այն միջոցառումներին, որոնք նվազագույն բացասական ազդեցություն կունենան սույն Համաձայնագրի հետագա գործունեության վրա:

Հոդված 10

Պայմանավորվող կողմերն ընդունում են փոքր եւ միջին ձեռնարկությունների ավելի ակտիվ մասնակցության օգտակարությունը եւ անհրաժեշտությունը երկկողմանի արտաֆին տնտեսական կապերում:

Հոդված 11

1. Պայմանավորվող կողմերը երաշխավորում են Ձեռնարկություններին նախեւառաջ վեները լուծել բարեկամական համապարհով, փոխադարձ համաձայնությամբ:

2. Յուրաֆանչյուր Պետությունում գործող օրենսդրության շրջանակներում Պայմանավորվող կողմերը կխրախուսեն Միավորված Ազգերի Կազմակերպության միջազգային առեւտրի իրավունքի գծով հանձնաժողովի (ՅՈՒՆՍԻՏՐԱԼ) կողմից մշակված Արբիտրաժային Կանոնակարգի կիրառումը եւ օտարերկրյա արբիտրաժային որոշումների համաչափ եւ ի կատար ածման մասին կոնվենցիայի (Նյու-Յորք, 10 հունիսի 1958 թ.) մասնակից պետություններից որեւէ մեկի արբիտրաժային մարմիններին դիմելը:

Հոդված 12

Սույն Համաձայնագրի դադարեցումից կամ փոփոխումից հետո նրա դրույթները կկիրառվեն երկու պետությունների Ձեռնարկությունների միջև բոլոր պայմանագրերի նկատմամբ, որոնցում նշված պարտավորություններն առաջացել են նրա գործունեության ժամանակաընթացքում եւ մասամբ կամ լիովին չեն կատարված Համաձայնագրի դադարեցման կամ փոփոխման պահին:

Հոդված 13

1. Սույն Համաձայնագրով ստեղծվում է հառը հանձնաժողով, որը կգործի Պայմանավորվող կողմերից յուրաքանչյուրի ցանկությամբ, հերթով՝ Ավստրիայում կամ Հայաստանում:

2. հառը հանձնաժողովի խնդիրների մեջ մասնավորապես մտնում են՝

- ա) երկկողմանի արտաքին տնտեսական կապերի վիճակի եւ զարգացման բննարկումը,
- բ) ապրանքաշրջանառության եւ տնտեսական, արդյունաբերական, տեխնիկական, գիտատեխնիկական եւ տեխնոլոգիական համագործակցության կատարելագործման եւ ընդլայնման ուղղությամբ առաջարկությունների մշակումը,
- գ) սույն Համաձայնագրի նպատակների իրականացման վերաբերյալ հանձնարարականների ներկայացումը:

Հոդված 14

Տարաձայնությունները Պայմանավորվող կողմերի միջև սույն Համաձայնագրի կիրառման կամ մեկնաբանման կապակցությամբ կլուծվեն բանակցությունների նախապարհով 13-րդ հոդվածում նշված հառը հանձնաժողովի շրջանակներում:

Հոդված 15

1. Պայմանավորվող կողմը կամ երկու Պայմանավորվող կողմերը Եվրոպական Տնտեսական Տարածքում (ԵՏՏ) իրական մասնակցություն ունենալու կամ Եվրոպական Միության (ԵՄ) կամ նրա՝ իրավահաջորդ հանդիսացող կազմակերպության մտնելու օրից սկսած, կասյված չեն լինի սույն Համաձայնագրով, այնքանով, որքանով, որ դա անհամառելիի կլինի այս հոդվածում նշված կազմակերպությունների անդամ լինելու նրանց կարգավիճակի հետ:

2. Այդ դեպքում Պայմանավորվող կողմերը կորոշեն հետագայում սույն Համաձայնագրի մնացած հոդվածների գործողության կարգը:

12

31 der Beilagen

Հոդված 16

1. Սույն Համաձայնագիրը կնքվում է երկու տարվա ժամկետով եւ ինքնաբերաբար երկարացվում է յուրաքանչյուր հաջորդ տարվա համար, եթե Պայմանավորվող կողմերից ոչ մեկը նրա գործողության ժամկետը լրանալուց երեք ամիս առաջ մյուս Պայմանավորվող կողմին դիվանագիտական ուղիներով գրավոր չի ծանուցում Համաձայնագիրը լուծարելու իր մտադրության մասին:

2. Սույն Համաձայնագիրը ենթակա է վավերացման եւ ուժի մեջ է մտնում վավերացման փաստաթղթերի փոխանակման ամսվան հաջորդող երրորդ ամսվա առաջին օրից:

ստորագրված է Վիեննայում... 26. 04. 1994.....

Երկու բնօրինակով, յուրաքանչյուրը՝ գերմաներեն եւ հայերեն լեզուներով, ընդ որում՝ երկու տեքստերն էլ հավասարազոր են:

ԱՎԱՏՏՐԻԱՅԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿՈՂՄԻՑ



ՀԱՅԱՍՏԱՆԻ ՀԱՆՐԱՊԵՏՈՒԹՅԱՆ
ԿՈՂՄԻՑ



VORBLATT

Problem:

In Hinblick darauf, daß mit dem Zerfall der Sowjetunion die Republik Armenien als neues Völkerrechtssubjekt entstanden ist, ergab sich die Notwendigkeit der vertraglichen Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu diesem Staat.

Die Republik Armenien ist noch nicht Vertragspartner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT).

Ziel:

Mit dem Abkommen über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen soll einerseits der bilaterale Warenverkehr und andererseits auch die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit der Republik Armenien geregelt und intensiviert werden.

Durch das Abkommen räumen die Republik Österreich und die Republik Armenien einander die Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) ein.

Alternative:

Nichtabschluß des Abkommens und somit ein vertragsfreier Zustand im wirtschaftlichen Bereich.

Kosten:

Das Abkommen kann im Rahmen der bestehenden Administration verwaltet werden. Durch die im Abkommen vorgesehene Errichtung eines „Gemischten Ausschusses“ werden keine nennenswerten Mehrkosten entstehen.

EWR- bzw. EG-Kompatibilität:

Im Abkommen ist vorgesehen, daß mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) jene Bestimmungen des Abkommens ihre Bindungswirkung für die Vertragsparteien verlieren, die mit dem neuen Rechtsbestand unvereinbar sind. Es entfällt somit die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Jene Bestimmungen, die mit dem neuen Rechtsbestand vereinbar sind, werden in einer Bestandsaufnahme durch die Vertragsparteien als weitergeltend identifiziert.

Die in den Art. 3 und 4 des vorliegenden Abkommens vorgesehene Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, industriellen, technischen, technisch-wissenschaftlichen und technologischen Bereich, so vor allem durch die Definition chancenreicher Kooperationsbereiche und Projekte, stellt eine notwendige Ergänzung der wirtschaftsvertraglichen Beziehungen zwischen den EG und Armenien unter bewußter Inanspruchnahme des autonomen Regelungsbereiches dar.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Armenien über die bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen enthält — wegen Einräumung der Meistbegünstigung an ein Nicht-GATT-Mitglied — gesetzändernde Bestimmungen und bedarf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Es hat keinen politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Einer Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz bedarf es nicht, da keine Angelegenheiten geregelt werden, die in den selbständigen Wirkungsbereich der Länder fallen.

Dieses Abkommen soll eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Präambel) schaffen.

Obwohl Armenien nicht Mitglied des GATT ist, sieht das Abkommen, in Würdigung und zur Unterstützung der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen, die Einräumung der „Meistbegünstigung“ im Umfang von Artikel I und V GATT vor.

„Von marktwirtschaftlichen Grundsätzen ausgehend“ (Präambel) wird dieses Abkommen nicht nur den Warenaustausch, sondern auch die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit regeln.

Zu dem im Abkommen wiederholt vorkommenden Begriff „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ wird festgehalten, daß in der armenischen Sprache und der seinerzeitige sowjetischen Rechtsterminologie traditionell „technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit“ als Synonym für „angewandte Forschung“ gebraucht wird. In diesem Sinn wurde gegenüber der armenischen Seite klar gestellt, daß in den vorliegenden Bestimmungen nur Kompetenzen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten berührt sind.

Besonderer Teil

Zur Präambel:

Neben allgemeinen Zielsetzungen, wie dem Wunsche nach Intensivierung der bestehenden beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen sowie dem Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische, technisch-wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit zu fördern und dem Bekenntnis zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ist auch ein Rechtsvorbehalt zugunsten der „im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften“ verankert.

Zu Artikel 1 (gesetzändernd):

Die Vertragsparteien gewähren einander im Abs. 1 die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT).

Im Abs. 2 sind die Ausnahmen vom Grundsatz der Meistbegünstigung festgelegt.

Zu Artikel 2:

In Fortführung des Bekenntnisses zu marktwirtschaftlichen Grundsätzen wird generell die Förderung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den „Unternehmen“ beider Staaten festgelegt.

Zu Artikel 3:

Beispielhafte Anführung chancenreicher Kooperationsbereiche, wobei als Maßstab die „höchsten Standards der Umwelttechnologien“ normiert sind.

Zu Artikel 4:

Höchstes Interesse soll der Zusammenarbeit in den angeführten Infrastrukturbereichen gewidmet werden, in Hinblick auf die Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch vertretbarer Infrastruktursysteme.

Zu Artikel 5:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Tourismus im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften sowie der gemeinsamen internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien.

Die Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf die Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Zu Artikel 6:

Beiderseitiges Bekenntnis zur Förderung des Schutzes des gewerblichen Eigentums und dessen Durchsetzung sowie zum Ausbau der Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Zu Artikel 7:

Der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Armenien soll in frei konvertierbarer Währung erfolgen.

Zu Artikel 8:

Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten soll zu marktgerechten Preisen erfolgen und ist in jeder beliebigen Form entsprechend den internationalen Handelsbräuchen und Finanzpraktiken möglich.

Zu Artikel 9:

Zur Vermeidung von Störungen am Inlandsmarkt sowie zum Schutz der inländischen Hersteller vor schwerwiegenden Schädigungen ist bei auftretenden Schwierigkeiten im bilateralen Handel zunächst durch die Aufnahme von Konsultationen eine gemeinsame Lösung anzustreben. Wird in den Konsultationen keine Einigung erzielt, so kann die betroffene Vertragspartei einseitige Maßnahmen setzen, soweit diese zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich sind, wobei die andere Vertragspartei dann ihrerseits die Möglichkeit hat, von ihren Verpflichtungen für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

Abs. 4 bietet die Möglichkeit der Ergreifung vorläufiger Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen in Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde.

Für die Auswahl der Maßnahmen gilt das Prinzip des jeweils gelindesten Mittels.

Zu Artikel 10:

Beiderseitiges Bekenntnis der Notwendigkeit der stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

Zu Artikel 11:

Die Beilegung von Streitfällen zwischen den Unternehmen beider Staaten soll primär durch freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen. Die Vertragsparteien werden die Streitbeilegung durch Schiedsgerichte und die Anwendung der UNCITRAL-Schiedsregeln fördern.

Zu Artikel 12:

Abkommensänderungen oder der Ablauf seiner Gültigkeit sollen auf die Abwicklung vorher abgeschlossener Unternehmensverträge keinen Einfluß haben.

Zu Artikel 13:

Als höchstes bilaterales Wirtschaftsforum wird ein „Gemischter Ausschuß“ errichtet, welcher auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Armenien einberufen wird.

Zu Artikel 14:

Die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung des Abkommens soll im Rahmen des „Gemischten Ausschusses“ erfolgen.

Zu Artikel 15:

Für den Fall der Teilnahme zumindest einer Vertragspartei am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bzw. bei deren Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) ist vorgesehen, daß die Vertragsparteien durch das vorliegende Abkommen insofern nicht gebunden sind, als die bestehenden Verpflichtungen mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand unvereinbar sind. Mit dieser Bestimmung entfällt die Notwendigkeit einer formellen Kündigung des Abkommens. Die Weitergeltung der Bestimmungen des Abkommens, die nicht vom EWR- bzw. vom EG-Rechtsbestand erfaßt sind, erfolgt durch die gemeinsame deklaratorische Feststellung der Vertragsparteien.

Zu Artikel 16:

Die Geltungsdauer des Abkommens wird mit zwei Jahren festgelegt, mit automatischer Verlängerung um jeweils ein weiteres Jahr. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate jeweils vor Ablauf der Gültigkeit des Abkommens.